



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 06. November 2012

P125280

Interpellation Nr. 93 Dieter Werthemann betreffend nicht gerechtfertigtem "Zuschlag Schweiz" bei Einkäufen von Produkten durch den Kanton; schriftliche Beantwortung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Markenprodukte aus dem Ausland werden in der Schweiz oft sehr viel teurer verkauft. Eine Motion will solche Preisdifferenzierungen für unzulässig erklären und verlangt eine entsprechende Ergänzung des Kartellgesetzes. Neu sollen Unternehmen, die ihre Markenprodukte im Ausland zu tieferen Preisen vertreiben als in der Schweiz, sich unzulässig verhalten, wenn sie sich weigern, Unternehmen oder Konsumentinnen und Konsumenten aus der Schweiz über die im Ausland gelegenen Vertriebsstellen zu den dortigen Preisen und Geschäftsbedingungen zu beliefern, oder zu verhindern versuchen, dass Dritte auf Nachfrage in die Schweiz liefern können.

Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, überhöhte Importpreise wo möglich zu unterbinden. In diesem Zusammenhang gilt aber, vorerst das Ergebnis der weiteren Kommissions- und Parlamentsberatungen auf eidgenössischer Ebene abzuwarten. Sobald feststeht, wie die Anträge zur Vermeidung von überhöhten Preisen bei Importprodukten lauten und wie diese ins Kartellgesetz Eingang finden, wird sich der Regierungsrat eine abschliessende Meinung bilden und sich dazu verlaufen lassen.



